Die Rechte

Sitz / Verbreitung	Bund: Parchim Land: Dortmund
Gründung / Bestehen seit	Bundesverband: 27. Mai 2012 Landesverband: 15. September 2012
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Christian Worch; Landesvorsitzender: Sascha Krolzig; insgesamt zwei Ratsmandate und vier Mandate in Bezirksvertretungen in Dortmund und Hamm
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Bund: circa 700 NRW: circa 300
Veröffentlichungen	Webangebote: Veröffentlichungen der Partei auf Bundes- und Landesebene überwiegend über soziale Medien wie Facebook oder Twitter; Internetseite **www.dortmundecho.org** als Hauptsprachrohr des Landesverbandes beziehungsweise des Kreisverbandes Dortmund.
Kurzportrait / Ziele	Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei **Die Rechte** ist vor allem ein Sammelbecken von Neonazis, die aus den 2012 verbotenen Kameradschaften kommen. Die Führung des Landesverbandes sowie der aktivsten Kreisverbände wurde von langjährigen Aktivisten übernommen, die bereits Führungsaufgaben in den damaligen Kameradschaften innehatten. Ziel des Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des sogenannten Parteienprivilegs zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten.
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder und Einnahmen aus Spenden sowie von der Partei durchgeführten Veranstaltungen wie Konzerten

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Die Rechte** ist in struktureller Hinsicht ein Sammelbecken für Neonazis, ideologisch wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus und tritt in aggressiv-kämpferischer Weise auf. Dies trifft insbesondere auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen zu, der erheblichen Einfluss auf den Bundesverband besitzt.

Die Gründung des Landesverbandes erfolgte im September 2012 als Reaktion auf das Verbot von neonazistischen Kameradschaften in Dortmund, Hamm und Aachen im August 2012. Die Führung des Landesverbandes setzt sich aus Hauptprotagonisten der verbotenen Kameradschaften Dortmund und Hamm zusammen; die Kreisverbände in Dortmund, Hamm und Aachen sind in der Führungs- und Mitgliederstruktur weitgehend mit den verbotenen Kameradschaften identisch.

Anlässlich der Verbote führte **Die Rechte** am 23. August 2016 in Dortmund eine Versammlung durch, in der sie die staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus kritisierte und ihre demokratiefeindlichen Positionen offenbarte. Ein Redner sagte: *„Wenn wir in ein Parlament einziehen, dann kommen wir als Feinde.* “

In einem Interview mit dem WDR am 22. Dezember 2016 sprach ein Rechtsextremist, der 2016 auf vielen Veranstaltungen der Partei redete, von einer möglichen Revolution gegen das demokratische System:

„Wir werden, glaube ich, einen doch sehr heißen Sommer erleben, weil nationale Kräfte formieren sich gerade und wir werden diese nationale außerparlamentarische Opposition formen und verbinden und da brauchen wir auch keine Wahlen.“

Frage WDR: Moment, keine Wahlen? Das heißt, sie predigen da gerade eine Revolution?

„Wissen sie, das was 1989 in der DDR passiert ist, gilt ja nun als friedlicher Umsturz und ich kann das in den nächsten Jahren für die Bundesrepublik nicht ausschließen.“

Die Partei verachtet den Grundpfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die Achtung und den Schutz der Menschenwürde. So schreibt der Kreisverband OWL am 30. Dezember 2016: *„Können wir die Volksverräter nicht bloßstellen, ihre heuchlerischen Masken herunterreißen, ihre Lügen und dummen Worthülsen von „Vielfalt“, „Menschenrechten“, „Menschenwürde“, „Weltoffenheit“, „Toleranz“* […]“

Ein politischer Schwerpunkt der Partei **Die Rechte** ist Fremdenfeindlichkeit. So zeichnet die Partei in ihrem Programm ein einseitiges, negatives Bild von Migranten. In ihren Verlautbarungen stellt sie das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und Migranten als Freund-

Feind-Konstellation dar, in der die einheimische Bevölkerung bedrängt werde. Dabei ist vor allem eine pauschale Kriminalisierung von Migranten für die Partei **Die Rechte** ein Vehikel, um fremdenfeindliche Vorurteile zu schüren. Im Jahr 2016 bezog die Partei ihre fremdenfeindliche Kampagne vor allem auf Flüchtlinge.

Die Rechte propagiert wiederkehrend Antisemitismus. Der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen betreibt den Onlineversandhandel „**Antisem Versand**“, der mittels der Webadresse „antisem.it“ die antisemitische Einstellung provokativ zum Ausdruck bringt. Ferner führten Kreisverbände in Nordrhein-Westfalen auch 2016 Veranstaltungen mit einer szenebekannten Leugnerin des Holocaust durch. In Dortmund störten Anhänger der Partei am 9. November 2016 eine Gedenkveranstaltung zur „Reichsprogromnacht“.

Des Weiteren propagiert **Die Rechte** offen Rassismus. Auf Demonstrationen der Partei im Jahr 2016 skandierten Teilnehmer die Parole: „*Alles für Volk, Rasse und Nation*“.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen stellt sich selbst in eine nationalsozialistische Tradition. Bei Demonstrationen führen Aktivisten des Kreisverbandes Dortmund oftmals ein Transparent mit dem Spruch „*25 Punkte gegen eure Verbote*“ mit. Mit der Zahl beziehen sie sich dabei symbolisch auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP. Auf Kundgebungen von **Die Rechte** riefen die Teilnehmer regelmäßig „*Nationaler Sozialismus jetzt*“.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wird von militanten Neonazis dominiert, die in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Straftaten auffielen, darunter auch Gewalttaten. Einer der Dortmunder Bezirksvertreter der Partei wurde 2016 unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Um weitere strafrechtliche Verfolgungen zu vermeiden, beschränken sich inzwischen in der Partei organisierte Neonazis überwiegend auf legale Aktionen. Trotz dieser taktischen Anpassung zeigt die Partei in zahlreichen Stellungnahmen und Aktionen ihre aggressiv-kämpferische Haltung. Der stellvertretende Landesvorsitzende äußerte sich bei einer Versammlung am 22. Dezember 2016 in Dortmund folgendermaßen: „*Erst, wenn der Letzte von seinem Schreibtisch verjagt wurde, wenn der Letzte abgezogen wurde, weil die Herrschenden ersetzt wurden, dann haben wir unser Ziel erreicht.*“ Bei den Demonstrationen setzt **Die Rechte** den aggressiven, aktionsorientierten Stil der Kundgebungen der verbotenen Kameradschaften, der auf die Beherrschung des öffentlichen Raumes abzielt, fort.

Zudem versucht die Partei immer wieder das staatliche Gewaltmonopol zu diskreditieren und der Selbstjustiz das Wort zu reden. Dies geht einher mit einer dramatisierten und fremdenfeindlichen Darstellung der Sicherheitslage und dem Herbeireden von Bürgerkriegsszenarien. So heißt es in einem Beitrag von **Die Rechte** OWL vom 29. November 2016 auf ihrer Webseite: „*Doch wenn das Regime nicht mehr für unsere Sicherheit sorgen kann oder will, müssen wir Deutschen unseren Schutz selbst in die Hand nehmen.* […] *Doch wir müssen natürlich auch darauf hinweisen, dass es mit dem Kleinen Waffenschein und dem Kauf einer Gas- oder Schreckschusspistole nicht getan ist. Vor allem müssen wir auch mental darauf vorbereitet sein, die Waffe im Notfall tatsächlich einzusetzen und den Angreifer mit einem sauber platzierten Schuss außer Gefecht zu setzen. Außerdem empfehlen wir dringend den Besuch von Selbstverteidigungskursen in professionellen Kampfsportschulen und die Bildung von Nachbarschaftshilfen und Bürgerwehren.*“

Die Partei **Die Rechte** versucht die von ihnen ausgemachten Feinde der Partei einzuschüchtern. Zu diesen politischen Gegnern zählen Politiker, Journalisten und Bürger, die sich kritisch mit der Partei **Die Rechte** beschäftigen, sowie Beamte, die im Sinne der wehrhaften Demokratie repressive Maßnahmen gegen Neonazis veranlassen. Meistens formulieren die Parteiaktivisten Bedrohungen jedoch unterhalb der Grenze der Strafbarkeit. Zugleich sind die Einschüchterungsversuche eindeutig genug, so dass die Adressierten wissen, wie es gemeint ist.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bundesverband

Der Bundesverband stagniert seit 2014. Die Partei weist zehn Landesverbände und 21 Kreisverbände auf, wobei einige Verbände nur nominell bestehen und keine Aktivitäten entfalten. Zwischen den Landesverbänden gibt es weiterhin gravierende strukturelle Unterschiede. So sind im Landesverband Nordrhein-Westfalen rund 300 Mitglieder organisiert, dagegen zählen mehrere andere Landesverbände kaum mehr als 30 Mitglieder. Nur in einigen wenigen Regionen spielt die **Die Rechte** eine nennenswerte Rolle. Der Zustand der Partei ist weiterhin fragil. Dauerhaft handlungsfähige Parteiverbände sind die Ausnahme. Der Bundesverband setzt bisher kaum Impulse. So verfügt die Partei immer noch nicht über eine eigene Geschäftsstelle und residiert unter der Privatanschrift des Bundesvorsitzenden.

Der Parteigründer achtet darauf, dass die Organisation formell die Anforderungen an eine Partei erfüllt, insbesondere dass sie zu Wahlen antritt. Aus diesen Beweggründen sind der Landesverband Baden-Württemberg bei der Landtagswahl in einigen Wahlkreisen und der Landesverband Sachsen-Anhalt landesweit zu den dortigen Landtagswahlen am 13. März 2016 angetreten. Der Bundesverband lässt keine Zweifel daran, dass sich **Die Rechte** auch im Wahlkampf im Rechtsextremismus verortet. So heißt es in einem Beitrag am 24. Januar 2016 auf ihrer Webseite: „*Die Partei tritt in ihrem schwierigen Wahlkampf nicht mit populistischen, sondern mit extrem rechten und stringenten Positionen und sozialpolitischen Zielen an!*“

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen und insbesondere der Dortmunder Kreisverband haben weiterhin großen Einfluss auf den Bundesverband. So fand der sechste Bundesparteitag am 15. Mai 2016 in Dortmund statt. Die Mitglieder wählten ein Führungsmitglied des Dortmunder

Demonstration der Partei **Die Rechte** im Juni 2016 in Dortmund

Kreisverbandes zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden sowie die Kreisvorsitzenden aus Ostwestfalen-Lippe und Rhein-Erft in den Bundesvorstand. Des Weiteren stammt der Schatzmeister aus Nordrhein-Westfalen.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen bildet eine Auffangstruktur für die 2012 verbotenen Kameradschaften. Auch wenn nicht alle Neonazis in die Partei eingetreten sind, organisiert die Partei in Nordrhein-Westfalen inzwischen nahezu alle neonazistischen Aktivitäten. Seit 2016 stagniert die Entwicklung der Parteistrukturen des Landesverbandes. In Nordrhein-Westfalen waren lediglich sechs Kreisverbände öffentlich wahrnehmbar tätig. Allerdings unterscheiden sie sich stark in Hinblick auf ihre Struktur und ihr Aktivitätsniveau.

Am 6. August 2016 veranstaltete die Partei einen Landesparteitag in Dortmund. Dort wählten die Mitglieder Sascha Krolzig zum neuen Landesvorsitzenden. Der bis zur Wahl kommissarische Vorsitzende Michael Brück wurde zweiter Landesvorsitzender. Anschließend führte **Die Rechte** einen Parteitag zur Aufstellung einer Landesliste für die Landtagswahl 2017 durch. Sie stellte

zehn Personen auf. Die Kandidaten auf den Listenplätzen zwei bis vier sind in der Vergangenheit alle wegen Körperverletzung verurteilt worden.

Der Landesverband besitzt für die Partei lediglich eine organisatorische Funktion, von ihm gehen aber keine politischen Initiativen aus. Gelegentlich wird im Namen des Landesverbandes eine Demonstration angemeldet. In der Regel handelt es sich aber tatsächlich um Demonstrationen des Dortmunder Kreisverbandes, die auch in Dortmund stattfinden. Die Kreisverbände stellen die eigentlichen politischen Akteure dar, die autonom über inhaltliche Belange und Aktivitäten entscheiden. Diese Organisationsstruktur stellt den Versuch dar, dezentrale Strukturen der Neonazi-Szene in vormals lokalen Kameradschaften in eine Parteiorganisation zu überführen. Die meisten Mitglieder dürften ihre Organisation ebenfalls weiterhin nicht als Partei begreifen. Hauptsächlich geht es den Aktivisten darum ihre „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ vor staatlichen Repressionsmaßnahmen zu schützen. So werden Demonstrationen, Mahnwachen, Geburtstagspartys, Rechtsrockkonzerte und Sonnenwendfeiern nunmehr als Parteiveranstaltungen ausgewiesen.

Kreisverband Dortmund

Der Kreisverband Dortmund ist der maßgebliche Kreisverband der Partei in Nordrhein-Westfalen mit einer aktiven und mobilisierbaren Anhängerschaft von circa 80 bis 100 Personen im regionalen Bereich. Diese Klientel setzt sich nach wie vor überwiegend aus Angehörigen und Sympathisanten der 2012 verbotenen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ zusammen und ist national wie international gut in der rechtsextremistischen Szene vernetzt.

Sowohl der stellvertretende Landesvorsitzende als auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei kommen aus Dortmund. **Die Rechte** in Dortmund hat seit der Kommunalwahl 2014 einen Sitz im Dortmunder Stadtrat sowie jeweils einen Sitz in drei Bezirksvertretungen der Stadt.

Nachdem das Oberverwaltungsgericht Münster 2016 einer entsprechenden Klage stattgegeben hatte, bilden **Die Rechte** und die **NPD** seit dem 28. April 2016 eine gemeinsame Ratsgruppe im Dortmunder Stadtrat, was zur Folge hat, dass ihnen jährlich über 40.000 Euro aus kommunalen Mitteln zufließen.

Um an der Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen teilzunehmen, musste die Partei **Die Rechte**, neben weiteren Zulassungsvoraussetzungen, mindestens 1000 Unterschriften von Wahlberechtigten vorlegen. Dazu führte **Die Rechte** in Dortmund im Januar 2017 zehn Infostände durch, um die entsprechenden Unterschriften zu sammeln.

Trotz der nach außen dargestellten klassischen Parteiarbeit tritt im Kreisverband Dortmund die aktionsorientierte Handlungsform der Neonazi-Szene zunehmend wieder in den Vordergrund. Der Kreisverband zeigt sich – nicht nur im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik – offen

Graffiti an einem Haus in Dortmund-Dorstfeld

rassistisch und fremdenfeindlich, wie an zahlreichen Beiträgen in dessen Internetportal und auf öffentlichen Versammlungen erkennbar ist. Gegenüber Migranten und politischen Gegnern verfolgt der Kreisverband eine Strategie der Provokation und Bedrohung.

2016 führte der Kreisverband eine intensive Kampagne gegen die Eröffnung eines anarchistischen Buch- und Kulturzentrums in Dortmund durch. Die Aktivisten versuchten auch durch öffentlichen Druck auf den Vermieter der Räumlichkeiten, die Eröffnung zu verhindern. Dieser Versuch greift ineinander mit einer Raumergreifungsstrategie, die die Partei in Dortmund durchzusetzen versucht. Insbesondere im von den Rechtsextremisten so genannten „Nazi Kiez“ rund um den Wilhelmplatz in Dortmund-Dorstfeld soll ein Klima der Angst geschaffen werden für alle, die sich nicht mit der Partei identifizieren. Die dort inzwischen dauerhaft präsente Polizei wird dabei offenbar als so störend empfunden, dass sie einer ständigen diskreditierenden Berichterstattung seitens der Parteimedien ausgesetzt ist. Journalisten werden auf offener Straße provokativ angesprochen, um sie einzuschüchtern und letztlich an einer freien Berichterstattung zu hindern. Meistens bleiben die Aktivisten dabei unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit.

Im Internet veröffentlicht der Kreisverband Dortmund seine Beiträge nach der Löschung mehrerer Facebook-Accounts auf der Seite **www.dortmundecho.org**. Ferner betreibt der Kreisverband ein Twitterprofil, das hauptsächlich auf neue Artikel von **Dortmundecho** verlinkt. Auf angezeigte Straftaten von Aktivisten, wie der wiederholte Einsatz illegaler Pyrotechnik, folgen auf **Dortmundecho** im Internet verharmlosende oder negierende Beiträge, in denen man sich in der Opferrolle des zu Unrecht Verfolgten darstellt.

Im Jahr 2016 führte die Partei 38 Versammlungen in Dortmund durch. Die größte Veranstaltung mit ungefähr 900 bis 1000 Teilnehmern fand am 4. Juni 2016 unter dem Motto „*Tag der deutschen Zukunft*“ statt. Dabei handelt es sich um eine jährlich in einer anderen deutschen Stadt veranstaltete Demonstration der rechtsextremistischen Szene unter überregionaler und internationaler Beteiligung von Neonazis. Ein Redner glorifizierte unter dem Applaus der Teilnehmer das NS-Regime, indem er auf das sogenannte 1000-jährige Reich anspielte, was Adolf Hitler errichten wollte. „*Was hatten wir früher für Politiker. Da war die Politik angelegt auf 50 Jahre, auf 70 Jahre, auf 100 Jahre und von ganz besonderen Politikern auf 1000 Jahre.“*

Kreisverband Hamm

Die Rechte Hamm zeigte sich 2016 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich weniger aktiv. Eine in den letzten Jahren regelmäßig am 3. Oktober durchgeführte Demonstration fand 2016 nicht statt. Lediglich im Vorfeld der Veranstaltung „*Tag der deutschen Zukunft*“ organisierte der Kreisverband am 28. Mai 2016 eine Demonstration mit ungefähr 60 Teilnehmern. Im März beteiligten sich die Aktivisten an einer Veranstaltung unter dem Motto „*Hamm gegen Politikwahn*“ und stellten ungefähr die Hälfte der Teilnehmer. Der Kreisverband Dortmund unterstützte die Kundgebung mit einem Lautsprecherfahrzeug.

Der Kreisverband Hamm konzentrierte sich 2016 überwiegend auf szeneinterne Veranstaltungen. In geschichtsrevisionistischer Manier gedachte man am Volkstrauertag mit Fackeln und Reichsflagge den Opfern des 2. Weltkrieges, wobei die Rechtsextremisten damit nicht die Opfer des NS-Regimes oder die Opfer des deutschen Angriffskrieges meinten. Ferner organisierten sie mehrfach Liederabende, an denen zwischen 50 und 60 Personen teilnahmen. Eine Ausnahme stellt eine als Geburtstagsfeier deklarierte Veranstaltung im Oktober 2016 dar, bei der drei Bands auftraten und rund 150 Besucher kamen. Weiterhin führte der Kreisverband gemeinsam mit der **NPD** Unna / Hamm einen Vortragsabend mit einem ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS durch, der sich in nostalgischen Erinnerungen an den 2. Weltkrieg erging.

Nachdem Facebook das Profil des Kreisverbandes zu Beginn des Jahres 2016 löschte, legten die Rechtsextremisten unter dem neuen Namen „Rechtes Forum Hamm“ ein neues Profil an. Über die Internetdomain www.rechte-hamm.com ist der Kreisverband mittlerweile nicht mehr zu erreichen.

Kreisverband Ostwestfalen-Lippe

Seit dem 16. Januar 2016 verfügt die Partei **Die Rechte** über einen Kreisverband Ostwestfalen-Lippe (OWL). Vorsitzender ist Sascha Krolzig, ehemals führendes Mitglied der im Jahr 2012 verbotenen Kameradschaft Hamm. Seit Mitte des Jahres 2016 ist er zudem Landesvorsitzender. Für die Landtagswahl 2017 stellte der Kreisverband in Bielefeld auch einen Direktkandidaten

auf. Der Kreisverband ist bemüht, der organisatorischen Zersplitterung des Rechtsextremismus in der Region entgegenzuwirken, indem er mit der **NPD** und den dortigen Neonazis zusammenarbeitet. Beispielsweise veranstaltete **Die Rechte** am 7. Oktober mit der **NPD** einen Vortragsabend mit einem Neonazi aus Niedersachsen als Referenten, der von seinen Erfahrungen in der Haft erzählte.

Der Kreisverband bemühte sich, durch provokante Aktionen öffentliches Interesse zu erregen. So verteilte er im Februar 2016 CDs mit rechtsextremistischer Musik vor einigen Bielefelder Gymnasien. Die Musiktitel von rechtsextremistischen Bands und Solomusikern wurden fast alle bereits vor über zehn Jahren auf den ersten sogenannten Schulhof-CDs veröffentlicht. Darüber hinaus enthielt die CD Propagandamaterial wie Flugblätter, Postkarten, Plakate, einige Rechtsrock-Videos und das Programm der Partei. Eine weitere öffentlichkeitswirksame Aktion unternahm der Kreisverband anlässlich des Besuches der Bundeskanzlerin an einer Veranstaltung der Jungen Union in Paderborn. Als den Anhängern von **Die Rechte** der Zutritt zur Versammlung verwehrt wurde, heischte die Partei mit einer Kundgebung vor der Halle um die Aufmerksamkeit der Medien.

Der inhaltliche Schwerpunkt von **Die Rechte** OWL im Jahr 2016 lag auf der flüchtlingsfeindlichen Agitation. Mit der **NPD** OWL sowie mit Neonazis organisierte der Kreisverband am 23. April 2016 eine „*Mottofahrt gegen Masseneinwanderung*“, bei der nacheinander vier Kundgebungen in Harsewinkel, Bielefeld, Herford und Halle / Westfalen durchgeführt wurden, an denen jeweils dieselbe Gruppe von Rechtsextremisten teilnahm. Bei anderen Informationsveranstaltungen zu Flüchtlingseinrichtungen versuchten Parteimitglieder, während der Veranstaltung auf sich aufmerksam zu machen und verteilten flüchtlingsfeindliche Flugblätter. Vor allem im August und September warfen Aktivisten im Rahmen ihrer selbst bezeichneten „Anti-Asyl-Kampagne“ in Bielefeld und im Kreis Gütersloh Flugblätter mit dem Titel „*Asyl-Wahnsinn stoppen! Deutsche Identität erhalten!*“ in Briefkästen. Ferner beteiligte sich eine kleine Gruppe von Mitgliedern von **Die Rechte** OWL an den größeren rechtsextremistischen Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen. Auf seiner Webseite veröffentlichte der Kreisverband regelmäßig rechtsextremistische Beiträge zu aktuellen Ereignissen. Dazu zählen auch ideologische Grundsatzartikel. So wird in dem Artikel „*Auf in das Kampfjahr 2017!*“ vom 30. Dezember 2016 die rassistische und nationalistische Weltanschauung unumwunden beschrieben:

„Wir insistieren auf das Sicherstellen des Lebensrechtes der weißen Völker in der einzigen Ordnung, die die Zukunft der Nationen als freie, friedliche, gerechte, und souveräne Staaten gewährleistet, dem Nationalismus.

Das Menschentum gliedert sich in Rassen und Völker. Diese haben sich über Jahrtausende gebildet und stellen eine ideale Vollendung der Aufteilung der Menschen dar.“

Kreisverband Rhein-Erft

Der Kreisverband Erft war auch 2016 erneut trotz weniger Mitglieder relativ aktiv und versuchte in den Kommunen des Rhein-Erft-Kreises öffentlich in Erscheinung zu treten. Viermal führte er kleinere Kundgebungen durch: im Januar in Bergheim, im März und im April in Frechen und im Juli in Bergheim. Mehrfach nahmen Aktivisten an Informationsveranstaltungen zur Unterbringung von Flüchtlingen teil und verteilten im Umfeld der Veranstaltungen Flugblätter. **Die Rechte** Rhein-Erft beteiligt sich mit ihren Aktivisten auch überörtlich an allen wichtigen einschlägigen Versammlungen. So nahmen sie am 9. Januar 2016 an einer „Pegida-Demo“ in Köln, am 4. Juni 2016 am „*Tag der deutschen Zukunft*“ in Dortmund und am 12. November 2016 am „*Gedenkmarsch Rheinwiesenlager*“ in Remagen teil. Darüber hinaus fanden im internen Kreis einige szenetypische Veranstaltungen statt, wie Kranzniederlegungen an Soldatengräbern zum Volkstrauertag.

Teilnahme des Kreisverbandes Rhein-Erft am „Tag der deutschen Zukunft“ im Juni 2016 in Dortmund

Weiterhin legte der Kreisverband besonderen Wert auf eine ideologische Schulung der Anhängerschaft und führte eine Reihe von Vorträgen durch. Im Herbst 2016 veranstaltete **Die Rechte** eine Vortragsreihe unter dem Motto „*Aufstand des Geistes*“. Dazu berief man sich auf einen Ausspruch eines ehemaligen Freikorpsmitglieds, das 1922 an der Ermordung des damaligen

Außenministers Walter Rathenau beteiligt war: *„Alle Revolutionen der Weltgeschichte begannen mit dem Aufstand des Geistes und endeten mit dem Barrikadensturm.“* Als Referenten lud man bekannte Revisionisten, insbesondere eine deutschlandweit auftretende Leugnerin des Holocaust ein. Inhaltlich ging es vor allem darum, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu negieren. Mit den Veranstaltungen erreichte der Kreisverband überregional Teilnehmer aus verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen. Ebenso zeigte sich **Die Rechte** Rhein-Erft im Internet sehr aktiv und publizierte zahlreiche rechtsextremistisch argumentierende Artikel auf ihrer Internetseite und verbreitete sie über Twitter und Facebook.

Veranstaltungshinweise der Partei **Die Rechte** im Internet

Aktivitäten in weiteren Kreisverbänden

Die Kreisverbände Aachen und Heinsberg sind 2016 öffentlich kaum in Erscheinung getreten. Statt Parteiarbeit zu betreiben, lag der Schwerpunkt eher darauf, Feiern und Sportveranstaltungen für Szeneangehörige aus der Region zu veranstalten. Bei den relevanten überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen in Dortmund und Remagen nahm lediglich eine Handvoll von Aktivisten teil. Allerdings verzichteten sie auf eigene Transparente oder gleiche T-Shirts, um sich als Gruppe darzustellen.

Die von den Kreisverbänden gemeinsam betriebenen Profile bei Facebook und Twitter sind seit Januar 2016 nicht mehr aktiv. Nur die 2014 als Projekt der regionalen Parteienstrukturen gegründete Gruppierung **Syndikat 52** postet weiterhin regelmäßig auf ihrem Facebook-Profil Links zu fremden- und demokratiefeindlichen Beiträgen. Beispielsweise verbreiteten sie anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler am 20. April ein Foto mit der Aufschrift *„… und auch in hundert Jahren wird kein Mensch wissen, welcher Tag Angela Merkels Geburtstag ist.“*

Der Kreisverband Wuppertal hat 2016 weiter an Bedeutung verloren. Es gelang ihm lediglich eine relevante Veranstaltung durchzuführen, als er im Oktober mit rund 50 bis 60 Teilnehmern gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Wuppertal-Ronsdorf demonstrierten. Auf ihrem Facebook-Profil agitieren die Wuppertaler Aktivisten fortlaufend gegen Migranten, insbesondere gegen Flüchtlinge. Ansonsten reisten einzelne Mitglieder regelmäßig nach Dortmund, um sich an den Aktivitäten des dortigen Kreisverbandes zu beteiligen. Ebenso nahm man an für die Szene wichtigen Versammlungen teil, wie der unter anderem von **Pro NRW** organisierten rechtsextremistischen Anti-Erdogan-Demonstration am 31. Juli in Köln und dem sogenannten „Trauermarsch“ in Remagen. Ein Wuppertaler Führungsmitglied trat mehrfach als Redner auf rechtsextremistischen Versammlungen auf. So hielt er am 12. August in Dortmund eine Rede, in der er zur Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung aufrief: *„Werdet aktiv und leistet Widerstand gegen dieses asoziale System und diesen scheiß Staat.“* Dieser Aktivist stand zudem auf dem ersten Platz der Landesliste der Partei **Die Rechte** zur Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der nordrhein-westfälische Landesverband und die aktiven Kreisverbände stellten sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich ihrer Aktivitäten eine Weiterführung der verbotenen Kameradschaften dar. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen dominiert innerhalb der Bundespartei inhaltlich, personell und durch seine Vielzahl an Aktivitäten. Um das Parteienprivileg zu sichern, nimmt **Die Rechte** einige parteitypische Aktivitäten auf. Den Anhängern geht es aber vor allem darum, den neonazistisch geprägten Aktionismus fortzusetzen.

Die Rechte ist das organisatorische Zentrum der Neonazi-Szene. Zudem kooperiert sie bei Demonstrationen und im Dortmunder Stadtrat mit der **NPD**, bei Vorträgen mit Revisionisten und bei Musikveranstaltungen mit der subkulturellen Szene. Insofern stellt die Partei gegenwärtig das Gravitationszentrum des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen dar.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_dierechte